

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 86 (2011)
Heft: 7-8

Artikel: Deutschland ohne Wehrpflicht
Autor: Farwick, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland ohne Wehrpflicht

Ohne erkennbare Rücksprache mit der militärischen Führung und mit seinen wichtigsten politischen Mitstreitern – einschliesslich der Kanzlerin – landete der damalige Verteidigungsminister Freiherr Karl-Theodor zu Guttenberg einen Überraschungscoup.

BRIGADEGENERAL DIETER FARWICK, SIGMARINGEN, ZUR LAGE DER BUNDESWEHR

In einer Rede an der Alma mater der Bundeswehr, der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, verkündete er im Mai 2010 – nur wenige Monate nach seiner Amtsübernahme – seine Entscheidung, die Wehrpflicht aus finanziellen Gründen abzuschaffen.

Schon vorher hatte er im Alleingang die Dauer des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate reduziert und die Änderung zeitlich vorgezogen – sehr zur Freude des Koalitionspartners, der FDP, die schon seit Jahren die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert hatte. Diese Entscheidung ist ein weiterer Meilenstein auf

dem Weg der Irrungen und Wirrungen deutscher Sicherheitspolitik der letzten Jahre.

Von Freunden umgeben

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sowie der Wiedervereinigung hat sich die Sicherheitslage Deutschlands dramatisch verändert. Aus dem «Frontstaat des Kalten Krieges» wurde ein Staat in Zentraleuropa ohne bedrohte Grenzen. Ehemalige «Feindstaaten» wurden Partner in der NATO und in der EU. Es war Zeit für eine Friedensdividende. Der Verteidigungshaushalt wurde in der Rela-

tion zum Gesamthaushalt stark reduziert. Mit 1,3 Prozent liegt Deutschland in der NATO auf einem Abstiegsplatz. Die Bundeswehr wurde im Laufe der Jahre halbiert.

Die Dauer des Grundwehrdienstes wurde in schnellen Schritten heruntergefahren. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde so weit ausgedehnt, dass die Wehrpflicht nahezu zu einer freiwilligen Dienstleistung wurde. Von der deutschen Öffentlichkeit – einschliesslich der politischen Parteien – wurde diese Entwicklung mit «freundlichem Desinteresse» (Ex-Bundespräsident Horst Köhler) begleitet.

Ausland? Exotisch!

Der Zivildienst als Ersatz für den Wehrdienst – von den Vätern des Grundgesetzes als Ausnahme gedacht – wurde von der Mehrheit der Deutschen als moralisch wertvoller erachtet als der Wehrdienst. Die gesellschaftliche Zusammensetzung der Wehrpflichtigen änderte sich. Die Söhne – und später die Töchter – kamen immer weniger aus der gesellschaftlichen Ober- und Mittelschicht.

Die Auslandseinsätze von deutschen Soldaten in Kambodscha und Somalia wurden als exotisch empfunden. Die Gründe interessierten nur wenige Staatsbürger. Diese interessierten sich auch wenig für weltweite Risiken und Gefahren, die auch für Deutschland wichtig waren.

Es ist ein Phänomen: Deutschland war lange Jahre Exportweltmeister, Deutschland braucht verzugslos wertvolle Rohstoffe, Deutschland braucht aufnahmefähige Absatzmärkte, deutsche Soldaten sind auf mehreren Kontinenten im Einsatz, die Deutschen kurbeln den weltweiten Tourismus an, aber die Mehrheit der Deutschen interessierte sich nicht dafür, wie sich die Welt ausserhalb Europas entwickelte und welche Risiken und Gefahren daraus für Deutschland entstehen können.

Die Natur- und Nuklearkatastrophe in Japan hat plötzlich die Frage der Energiesicherheit in das Bewusstsein der Deut-



Die Korvette K-130 verschafft der Bundeswehr grössere Flexibilität auf See.

schen gebracht. Diese überraschende Erkenntnis führte sowohl in der Regierung als auch bei vielen Menschen zu Panik und Hysterie, was der Ausverkauf von Geigerzählern, von alten Gasmasken aus Beständen der ehemaligen NVA und von Jodtabletten bestätigte.

Dreimonatiges Moratorium

Das dreimonatige Moratorium für die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und die schnelle Abschaltung von sieben älteren Anlagen sechs Monate nach einer Entscheidung zur deutlichen Verlängerung zeigten, dass die Sicherheitsvorsorge in Deutschland sträflich vernachlässigt worden war.

Zur Friedensdividende gehörte auch der Abbau des Heimat- und Katastrophenschutzes. Ein Zug- oder Schiffsunglück mit der Folge von brennenden giftigen Gasen würde die staatlichen Einrichtungen und die Bürger völlig unvorbereitet treffen und überfordern – von einem massiven Terroranschlag ganz zu schweigen.

Die Entscheidung der Bundesregierung, sich im Sicherheitsrat bei der Frage eines UN-Einsatzes gegen Libyen der Stimme zu enthalten, war ein weiteres Beispiel für den Verlust eines Kompasses in sicherheitspolitischen Fragen. Das Urteil des noch heute hoch angesehenen ehemaligen Generalinspektors Klaus Naumann ist deutlich: «Ich schäme mich für die Haltung meines Landes».

Wofür kämpfen?

Dieses sich über Jahre verstärkendes Gefühl der Sorglosigkeit und Orientierungslosigkeit hatte natürlich seine Auswirkungen auf die Streitkräfte und auf deren Ansehen in der deutschen «Zivilgesellschaft» (Ein Lieblingswort des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder). Professor Münkler ist zuzustimmen, wenn er die deutsche Gesellschaft in der Mehrheit als «post-heroisch» bewertet. Viele Deutsche wissen nicht mehr, wofür sich das Kämpfen eigentlich lohnt.

Vor dem geschilderten Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen die Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte ablehnt. Dies liegt auch an dem Versagen der beiden letzten Regierungen, die Öffentlichkeit über Sinn und Zweck der Einsätze zu informieren.

Bekannt wurde der «klärende» Spruch des damaligen Verteidigungsministers: «Deutschland wird am Hindukusch verteidigt.» Weder in der Öffentlichkeit noch in den Streitkräften gab es ausreichende grundsätzliche Informationen und Diskussionen.



Deutscher Tornado für die Aufklärung mit dem Recce-Lite-Behälter.



Der Turm des Schützenpanzers PUMA mit der Bordmaschinenkanone.

Selbst die Tatsache, dass fast 50 deutsche Soldaten in Afghanistan ihr Leben verloren haben sowie Hunderte von Soldaten verwundet und traumatisiert worden sind, hat nicht zu einer breiten Erörterung der Sinnfrage geführt.

Die aktuellen Ereignisse in Nordafrika und in einigen Golfstaaten machen deutlich, dass die Stabilität und Sicherheit Deutschlands von der Stabilität und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten abhängig ist – besonders in der Frage der Energie-sicherheit.

Der Bundestag stimmt bislang regelmässig der Verlängerung der Einsätze zu. Allerdings ohne Sorge zu tragen, dass die im Ausland eingesetzten Soldatinnen und Soldaten die Einsatzregeln sowie die bestmögliche Ausrüstung und Bewaffnung bekommen haben.

Die Auslandseinsätze führten bei Politikern und einer breiten Öffentlichkeit zu dem Missverständnis, dass die Wehrpflicht

durch diese Einsätze endgültig ihre Bedeutung verloren habe. Verstärkt wurde diese Fehleinschätzung durch Meldungen, dass die Gestaltung des Grundwehrdienstes erhebliche Mängel aufzeigen würde.

Hier wird die Frage der Wehrpflicht unzulässig vermischt mit der Frage der Gestaltung des Grundwehrdienstes.

In Stein gemeisselt

Die im deutschen Grundgesetz verankerte Wehrpflicht war «in Stein gemeisselt». Es ist die der demokratischen Grundform angemessene Form des Dienens in den Streitkräften. Die Begründung war zu Zeiten des «Kalten Krieges» angesichts der erkennbaren Bedrohung relativ leicht. Für die Landes- und Bündnisverteidigung brauchte man hohe Truppenstärken – bereits im Frieden, besonders jedoch im Spannungs- und im Verteidigungsfall.

Die Frage der Landes- und Bündnisverteidigung ist in den letzten Jahren an den



Deutscher ISAF-Soldat beim Kriegseinsatz in Afghanistan.

Rand der Überlegungen gerückt worden. Allerdings weist das neue strategische Konzept der NATO die Landes- und Bündnisverteidigung unverändert als wichtige sicherheitspolitische Aufgabe aus.

Die vom damaligen Minister eingesetzte «Weise-Kommission» hat «vom Einsatz her gedacht». Nahezu alleinige Referenz war dabei der Einsatz in Afghanistan. Dabei wurde zu wenig berücksichtigt, dass das Aufgabenspektrum der deutschen Streitkräfte viel breiter gesehen werden muss.

Folgende Einsatzmöglichkeiten müssen zumindest mit Kernfähigkeiten abgedeckt werden: Bündnis- und Landesverteidigung, Auslandseinsätze zur Erzwingung und Bewahrung des Friedens sowie Heimat- und Katastrophenschutz – was bei einer Truppenstärke von nur 150 000 bis 180 000 nicht einfach ist.

Die Bundeswehr konnte bei vergangenen Naturkatastrophen – wie z.B. dem Hochwasser in Hamburg 1962 und dem Hochwasser der Oder 1997 – den überforderten staatlichen Stellen und zivilen Hilfsorganisationen nur helfen, weil sie über genügend Personal, Material und Ausstattung verfügte. Ein Nebeneffekt: Diese subsidiären Einsätze haben den deutschen Streitkräften nachhaltig grosses Ansehen und Vertrauen in der deutschen Bevölkerung gebracht.

Länger dienen

Nicht überraschend kam auch die «Weise-Kommission» zu dem Ergebnis, die Wehrpflicht abzuschaffen. Diese Forderung war in Deutschland populär geworden durch die schlechten Nachrichten über erhebliche Mängel in der Gestaltung des Grundwehrdienstes.

Ein weiteres Argument gegen die Wehrpflicht besagte, dass die heutigen Formen militärischer Konflikte durch Wehrdienstleistende nicht bewältigt werden könnten. Natürlich kann ein sechsmonatiger Grundwehrdienst, wie vom damaligen Verteidigungsminister befohlen, keinen Soldaten zum gefechtsbereiten Soldaten machen. Entscheidend war jedoch, dass sich 30 bis 50 Prozent dieser Grundwehrdienstleistenden zu einem längeren Dienst verpflichtet haben.

Freiwillig länger

Bei der Argumentation gegen die Wehrpflicht wird bewusst verschwiegen, welche Leistungen diese Soldatinnen und Soldaten bringen, die ihren Grundwehrdienst um 13–23 Monate verlängern und eine Einsatzausbildung erhalten, die nahezu optimal ist – wenn Fahrzeuge, Waffen und Gerät zur Verfügung stehen.

Diese «Freiwillig Länger Dienstleistenden (FWDL)» bildeten das Rückgrat der Einsatzkräfte auf der Mannschaftsebene. Ich habe mich vor Jahren im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina von ihrem Leistungswillen und ihrer Leistungsfähigkeit überzeugen können.

Sie sind und waren integriert in die «kleine Kampfgemeinschaft», die in der Regel von einem einsatzerfahrenen Unteroffizier geführt wurde. Ausserdem ist die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die z.B. in Afghanistan das Lager verlassen, sehr gering – ca. 20–30 Prozent. Auch die sind nicht alle «Kämpfer».

Man kann sich daher leicht ausrechnen, wie viele von 5000 deutschen Soldaten in Afghanistan in schwierigem Gelände für

einen Kampfeinsatz ausserhalb der Camps tatsächlich zur Verfügung stehen in einer Region, die halb so gross ist wie die Bundesrepublik.

Wehrgerechtigkeit

Ein weiteres Argument war die vorgeschobene «Wehrungerechtigkeit». Ein altes Problem: 1961 bin ich als einziger Wehrpflichtiger von 40 Abiturienten eingezogen worden. Bei den offiziellen Zahlen wurden die Zahlen der tatsächlich einberufenen Wehrpflichtigen mit der Gesamtzahl des männlichen Jahrgangs verglichen. Dabei wurden die gesetzlich geregelten Ausnahmen nicht berücksichtigt – die Ersatzdienstleistenden, die gesundheitlich Nicht-Tauglichen sowie weitere Ausnahmen – so Dienst bei der Feuerwehr.

Wenn es eine Wehrungerechtigkeit gibt, hätte die Politik über 50 Jahre Zeit gehabt, Kompensationen zu finden. So könnten z.B. einem Grundwehrdienstleistenden nach dem Wehrdienst für 10 Jahre 50 Prozent seiner Lohnsteuer erlassen werden. Zur Beruhigung von Kritikern wurde offiziell immer wieder argumentiert, dass man die Wehrpflicht jederzeit wieder aktivieren könne, wenn es die Lage erfordere.

Diese Beruhigungsspielle ist seit der Verabschiedung des neuen Wehrpflichtgesetzes am 24. März durch den deutschen Bundestag nicht mehr verfügbar. Dort heisst es, dass die Wehrpflicht «im Frieden» ausgesetzt sei. Es findet auch keine Musterung mehr statt.

Absurde Vorstellung

Das heisst mit anderen Worten, dass die Wehrpflicht erst in einem «Spannungs- oder Verteidigungsfall» wieder aktiviert werden kann. Eine absurde Vorstellung. Sollen im «Spannungs- und Verteidigungs-

Charisma

Im SCHWEIZER SOLDAT, der von vielen Kadern und Soldaten gelesen wird, sei ein kurzer Diskurs zum «Charisma» erlaubt. «Charisma» ist kein Wert an sich. «Charisma» muss mit positiven Werten und Zielen verbunden sein, sonst kann sich «Charisma» negativ auswirken.

Es ist eine Gabe, die besonders von Demut und Verantwortungsbewusstsein eingehegt sein muss. Auch der charismatische militärische Führer muss diese besondere Fähigkeit mit Selbstdisziplin und Augenmass verantwortungsbewusst einsetzen.

dfa.

fall» in kurzer Zeit Einberufung, Musterung und Ausbildung wieder hergestellt werden? Kaum vorstellbar.

Aus Platzgründen kann ich auf wichtige positive Aspekte eines Grundwehrdienstes nur kurz eingehen: Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft, das Interesse der Angehörigen und Freunde an dem Dienst in den Streitkräften sowie das Vermitteln der Erkenntnis, dass es neben den vielen Rechten in einem Rechts- und Wohlfahrtsstaat auch Pflichten gibt, die man gegenüber dem Staat und der Gesellschaft erbringen muss.

Insgesamt ist die Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland ein schwerer Fehler. Mittlerweile hat sich die Begründung mehrfach geändert. Hiess es am Anfang noch, dass die Finanzlage die Abschaffung der Wehrpflicht erfordert, heisst es heute, dass durch die Abschaffung Mehrkosten – z.B. durch die Nachwuchswerbung – entstehen.

Abschreckendes Beispiel

Unsere Nachbarn, Österreich und die Schweiz, in denen es auch Befürworter einer Abschaffung der Wehrpflicht gibt, sollten Deutschland als warnendes Beispiel sehr genau anschauen. Bereits jetzt zeichnet sich in Deutschland ab, dass sich nicht genügend qualifizierte Bewerber für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr melden.

Der Inspekteur des Heeres hat bereits einen «Brandbrief» an den Generalinspekteur geschrieben und davor gewarnt, dass die Mannschaftsstärke vermutlich nicht zu halten ist. Es könne die Gefahr entstehen, dass die deutschen Truppenkontingente in den jetzigen Auslandseinsätzen zahlenmässig nicht aufrechtzuerhalten sind.

Es war ein schwerer Fehler des damaligen Verteidigungsministers Freiherr zu Guttenberg, die Wehrpflicht früher als geplant auszusetzen, bevor das Parlament die de-facto Abschaffung beschlossen hatte. Ausserdem wurde der Truppe keine Chance gegeben, einen personellen Puffer aufzubauen.

«Nicht attraktiv»

Im Wettbewerb mit einer prosperierenden Wirtschaft um qualifizierte Frauen und Männer hat die Bundeswehr, deren Image durch einige Vorkommnisse beschädigt ist, einen schweren Stand. Der Generalinspekteur wurde in der Presse mit seiner Forderung zitiert, sich bei der Nachwuchswerbung besonders um geringer qualifizierte junge Menschen zu kümmern. Das ist mit Sicherheit der falsche Weg. Besonders bei sensiblen Auslandseinsätzen braucht man



Bilder: Bundeswehr

Der GTK BOXER als geschütztes Fahrzeug für die Infanteriegruppe.

qualifizierte junge Menschen. Ein Gesetz, das die Anreize für den freiwilligen Dienst in den Streitkräften aufzeigen soll, gibt es noch nicht. Der Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages fällt in der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung» vom 6. März 2011 ein hartes Urteil: «Diese Armee ist nicht attraktiv.»

Die andere Seite der Medaille «de-facto Abschaffung» der Wehrpflicht ist die daraus resultierende Reduzierung der Bundeswehrstandorte. Eine Daumenregelung besagt, dass ein Standort unwirtschaftlich wird, wenn weniger als tausend Soldaten in ihm sind.

Das heisst: Je weniger Soldaten – umso weniger Standorte. Wenn die deutschen Streitkräfte von 250 000 auf – optimistisch – 185 000 reduziert werden, müssten theoretisch 60–70 von 390 gestrichen werden. Langsam dämmert es den Bürgermeistern, Landräten, Landtags- und Bundestagsgeordneten, welche Suppe ihnen der smarte, charismatische ehemalige Verteidigungsminister eingebrockt hat.

Zum Scheitern verurteilt

Die «Jahrhundertreform» wird in den nächsten beiden Jahren aus politischen, personellen und finanziellen Gründen scheitern, wenn es dem neuen Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, nicht gelingt, das Ruder herumzuwerfen.

Die Auflage, bis 2015 ungefähr 8,4 Milliarden einzusparen und je 20 000 Berufs- und Zeitsoldaten vorzeitig zu entlassen, erwürgt jede vernünftige Lösung. Der Bund muss viel Geld in die Hand nehmen, um diesen das vorzeitige Ausscheiden schmackhaft zu machen.

Es wird sich bitter rächen, dass den politischen Entscheidungen keine gründliche Beurteilung der Lage vorausgegangen ist. Hoffentlich wird sie von dem neuen Minister nachgeholt.

Vitale Interessen

Zunächst müssen die nationalen vitalen Interessen und geistig-moralischen Ansprüche definiert werden. Danach muss eine Risikoanalyse folgen. Unter Berücksichtigung von Bündnisverpflichtungen muss der Auftrag der Streitkräfte im Rahmen einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie formuliert werden.

Aus diesem Auftrag ergeben sich unter Beachtung finanzieller Eckdaten Umfang, Struktur, Ausrüstung und Bewaffnung der Streitkräfte. Zur Entscheidung der Regierung müssen zwei oder drei sinnvolle Optionen vorgestellt werden.

Deutschland muss einiges tun, um seinen Ruf als verlässlicher Bündnispartner wieder herzustellen. Unsere Partner müssen sich darauf verlassen können, dass Deutschland solidarisch helfen wird, wenn seine Hilfe benötigt wird. Ob die derzeitige Regierung in der schwierigen politischen Lage die Kraft und die Zeit hat, eine kohärente Sicherheitspolitik zu entwickeln und umzusetzen, bleibt fraglich. Ein erster wichtiger Schritt wäre die Berufung eines kompetenten «Nationalen Sicherheitsberaters». ■



Brigadegeneral Dieter Farwick, Sigma- ringen, schreibt regelmässig für den SCHWEIZER SOLDAT zu Themen der deutschen Bundeswehr. Er schöpft als Truppenkommandant und Generalstabsoffizier aus reicher Erfahrung und gehört zu den profilierten deutschen Militärkommentatoren.